



Martin Hirte ,

Kinder- und Jugendarzt in München, Ärzte für individuelle Impfscheidung

Statement

„Pro und Contra Schutzimpfungen. Ein Konflikt zwischen öffentlicher Gesundheitsvorsorge und individueller Entscheidungsfreiheit“

2. Juli 2008 , TurmForum, Stuttgart

Die in Deutschland empfohlenen Schutzimpfungen werden seit langer Zeit in hohem Maße emotional und polarisierend diskutiert. Dies erschwert die differenzierte Auseinandersetzung mit diesem Thema. Die Diskussion gipfelte in der Forderung des Deutschen Ärztetages 2006, den Eltern die Entscheidungsfreiheit über Schutzimpfungen nehmen und Ärztinnen und Ärzten die differenzierte Impfaufklärung und impfkritische Äußerungen zu verbieten.

Als Mitglied des Vereins „Ärzte für Individuelle Impfscheidung e.V.“ bin ich kein Impfgegner: Impfungen können einen Schutz vor bedrohlichen Erkrankungen vermitteln, ihr Einsatz hat weltweit zu einem besseren Gesundheitsstatus vieler Menschen beigetragen. Impfstoffe können jedoch – wie alle Arzneimittel – auch schwere unerwünschte Wirkungen hervorrufen, im Einzelfall mit bleibender Beeinträchtigung der Gesundheit.

Als präventive, am Gesunden vorgenommene Maßnahmen müssen Impfungen daher besonders hohen Sicherheitsansprüchen genügen. Es ist in jedem Einzelfall abzuwägen zwischen den Risiken der jeweiligen Erkrankung und dem mit der Impfung verbundenen Eingriff in die körperliche Unversehrtheit. Dies gilt insbesondere auch für Säuglinge und Kleinkinder hinsichtlich ihrer immunologischen und neurologischen Reifung.

Eine öffentliche Impfpflicht setzt die umfassende Kenntnis der kurz-, mittel- und langfristigen Auswirkungen von Impfstoffen und Impfprogrammen voraus. Mit Sorge ist hier zu beobachten, dass die Mehrzahl der wissenschaftlichen Studien über die Impfstoffsicherheit von den Impfstoffherstellern selbst durchgeführt oder finanziert wird. Untersuchungen über langfristige Folgen von Impfungen und die Nachhaltigkeit von Impfprogrammen fehlen fast vollständig.

Die Glaubwürdigkeit der STIKO hat großen Schaden erlitten durch die Zusammenarbeit der Mehrzahl ihrer Mitglieder und auch ihres bisherigen Vorsitzenden mit Unternehmen der Impfstoffindustrie. Jede Form der finanziellen oder sonstigen Verflechtung konterkariert Sinn, Aufgabe und Autorität dieser Institution. Die „Empfehlungen der Ständigen Impfkommission“ (STIKO) verstehe ich daher tatsächlich nur als Empfehlungen. Ihre juristische Interpretation als medizinischer Standard oder als Grundlage einer möglichen Impfpflicht lehne ich ab.

Der Konflikt zwischen einer individuellen Impfscheidung und den angestrebten hohen Durchimpfungsraten ist im Übrigen auch nicht auflösbar durch tendenziöse Information der Öffentlichkeit, gezieltes Schüren irrationaler Ängste und Androhung von Repressalien gegenüber kritischen Eltern oder Ärztinnen und Ärzten.

Nur eine differenzierte, ärztliche Aufklärung über alle bekannten individuellen und epidemiologischen Aspekte jeder einzelnen Schutzimpfung oder jedes Impfprogramms kann den Eltern bei einer verantwortlichen Entscheidungsfindung helfen.

Die Drohung mit dem Knüppel „Impfpflicht“ missachtet diese Verantwortlichkeit des Einzelnen. Sie ignoriert das Ausmaß unserer Unkenntnis immunologischer und epidemiologischer Auswirkungen von Schutzimpfungen und Impfprogrammen genauso wie Tatsache, dass die nationalen Impfempfehlungen schon in Europa teilweise deutlich voneinander abweichen. Vor allem aber steht eine Impfpflicht – ohne legitimierende epidemiologische Notsituation – im Widerspruch zum unserer Gesellschaft zu Grunde liegenden Menschenbild mit dem Recht auf Selbstbestimmung und körperliche Unversehrtheit.

Der Verein „Ärzte für individuelle Impfscheidung e.V.“, dem ich angehöre, fordert den Erhalt der freien, individuellen Impfscheidung nach differenzierter, umfassender und ergebnisoffener ärztlicher Beratung. Nur von den Betroffenen selbst bzw. ihren Eltern können Entscheidungen dieser Tragweite getroffen werden.

Der Verein fordert weiterhin umfassende und unabhängige Untersuchungen zu Sicherheit, Auswirkungen und Nachhaltigkeit von Schutzimpfungen und Impfprogrammen. Die freie, öffentliche und vorurteilsfreie Diskussion der entsprechenden wissenschaftlichen Ergebnisse versteht sich von selbst. Nur sie kann zu einer sinnvollen Impfempfehlung führen.

Die WHO fordert in der Ottawa-Charta von 1986, die Menschen selber als die Träger ihrer Gesundheit anzuerkennen und zu unterstützen. Dies muss auch für die Impfscheidung gelten. Die verantwortlich getroffene Entscheidung ist von uns Ärzten in jedem Falle zu akzeptieren - sollte sie von den öffentlichen Empfehlungen abweichen, so ändert dies nichts an unserer bedingungslosen Verpflichtung zum ärztlichen Beistand.